Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 01/2018 01. Februar 2018

Aktuelles vom FA Arbeitsschutz/-sicherheit

Am vergangenen Dienstag traf sich zum wiederholten Male der Fachausschuss Arbeitsschutz / -sicherheit um aktuelle Fachthemen aus dem Bereichen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie dem Behördlichen Gesundheitsmanagement zu bearbeiten und fortzuentwickeln.

Kernthemen waren unter anderem unser derzeitiges Arbeitszeitthema. Hierzu nahm unser LV Peter Schall Stellung zu den neuesten Entwicklungen bei der Bayerischen Polizei und stellte hier eindrucksvoll die Kernpunkte der neu ins Leben gerufenen Arbeitszeitinitiative der Bundes-GdP vor.

Des Weiteren wurde der derzeitige Sachstand aus der im März 2016 vom StMI in Kraft gesetzten Gefährdungsbeurteilung für die Bayerische Polizei abgeglichen. Ernst Kuisle stellte hier die größtenteils unzureichende Abarbeitung der 32 Handlungsfelder heraus. Hier wird von Seiten der GdP ein großer Handlungsbedarf gesehen und unsere Verbindungsfrau im GLBV Christiane Kern wird hierzu in Kürze konkret tätig werden.

Als weiterer Punkt wurde die derzeitige Verwendung des Waffenpflegefluids 101 bei der Bayerischen Polizei diskutiert. Aufgrund von Änderungen der chemischen Zusammensetzung wurde der Leiter des FA Reinhard Brunner mit der Erstellung einer Fachinformation zur derzeitigen Verwendung des Waffenpflegefluids beauftragt. Diese wurde mittlerweile erstellt und über den Landesbezirk der GdP an unsere Kolleginnen und Kollegen über-

mittelt.

Aus der Sicht der GdP wurden hier unzureichende Information an unsere Polizeibeschäftigten weitergereicht, die nun das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Aus Sicht des FA ist die weitere Verwendung des Waffenpflegefluids unter den derzeitigen Auflagen nicht empfehlenswert und sollte kurzfristig durch ein "gesünderes" Produkt ersetzt werden. Ziel der GdP ist und bleibt die Gesunderhaltung unserer Polizeibeschäftigten. Dafür treten wir auch in Zukunft ein!



Neuer Vorsitzender des Fachausschusses Beamtenrecht, Besoldung und Polizeiverwaltung

In seiner Sitzung am 15.01.2018 wurde ein neuer Vorsitzender gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende Gerwin Bernhard diese Aufgabe aus persönlichen Gründen abgab. Der 48jährige Regierungsrat Peter Hefele (BG Schwaben Süd/West) wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Landesvorsitzende Peter Schall, die beiden stv. LV Peter Pytlik und Dr. Andreas Vollmer (zuständige GLBV-Mitglieder für diesen Fachausschuss) gratulierten Peter Hefele zum neuen Amt und wünschten ihm alles Gute für seine neue Aufgabe. Des Weiteren wurde Regierungsrat Peter Schmid (BG Schwaben Süd/West) neu in den Fachausschuss berufen. Im Bild v.l.: LV Peter Schall, Dr. Andreas Vollmer, Peter Hefele, Peter Pytlik.





GdP beim DGB-Bezirkskongress in Regensburg

Am 26./27.01.18 fand in Regensburg der Bezirkskongress des DGB-Bezirks Bayern statt. 100 Delegierte hatten neben den Wahlen auch 78 Anträge zu Gewerkschafts-, Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu bewältigen. Für die GdP Bayern waren die Kolleginnen Angelika Rinderer und Christl



Kern sowie Stv. Landesvorsitzender Thomas Bentele Mandatsdelegierte, wobei Kollege Bentele auch Mitglied der Antragsberatungskommission war. Peter Schall als Mitglied DGB-Bezirksvorstands nahm ebenfalls an dem Kongress teil. Mit überwältigender Mehrheit wurden DGB-Chef Matthias Jena, seine Stellvertreterin Verena di Pasquale sowie die Regionsvorsitzenden wiedergewählt.

Die GdP erfuhr bei diesem Kongress sehr viel Solidarität und wir wurden von vielen Teilnehmern auf den angekündigten Antrag des GdP-Landesvorstands für den Bundeskongress der GdP auf Austritt aus dem DGB angesprochen. Es gab dringende Appelle, hier nicht den extremen Linken in die Hände zu spielen, die bei zwei Aktionen forderten "GdP und Bundeswehr raus aus dem DGB". Ordner verwiesen die kleine Gruppe linker Krakeeler sehr schnell aus dem Saal und sowohl Matthias Jena als auch als dienstältester Chef einer Einzelgewerkschaft Seppel Kraus von der IG BCE stellten unter lautem Beifall fest, dass dies absolut nicht die Meinung der DGB-Gewerkschaften ist, sondern die GdP Teil der Familie ist und bleiben soll. Letztlich ist man froh, dass die Polizeikollegen/-innen auch als Lehre aus dem Dritten Reich in den DGB eingetreten sind und nicht wie damals als "Staat im Staate" gegen die Gewerkschafter eingesetzt wurden. In einer Resolution des DGB-Bezirksvorstands, die einstimmig und mit Beifall angenommen wurde, stellt der DGB fest: "Die GdP steht für eine Bürgerpolizei - Die Polizei ist für die Einhaltung von Recht und Gesetz verantwortlich - Die Unversehrtheit bei der Berufsausübung - nicht nur bei Polizeibeamtinnen und -beamten im Sinne Guter Arbeit darf nicht infrage gestellt werden. Die Delegierten der DGB-Bezirkskonferenz lehnen jegliche Form von Gewalt gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Zum Wesensmerkmal der Einheitsgewerkschaft gehören die Debatte und das Verständigen auf gemeinsame Positionen. Wertschätzung und Respekt müssen dabei Grundlage einer jeden Debatte sein."

Auch ein Antrag zur Stärkung des DGB als Spitzenverband des Öffentlichen Dienstes in Bayern mit dem Hinweis auf die unmittelbare Konkurrenz zum Bayer. Beamtenbund sowie ein Antrag zum Erhalt dezentraler Polizeidienststellen mit dem Auftrag an die Staatsregierung, dezentrale Polizeidienststellen zu erhalten und mit entsprechendem Personal auszustatten, der von der IG BCE eingebracht wurde, ist jeweils einstimmig beschlossen worden. Aus Sicht der GdP Bayern ist der bayerische DGB-Kongress eindeutig solidarisch für die Interessen der Polizeibeschäftigten eingetreten, insofern sind wir auf die Anträge und Debatten beim Ende Mai stattfindenden DGB-Bundeskongress gespannt. Von Peter Schall

Polizeirelevante Anträge im Innenausschuss

In seiner Sitzung vom 31. Januar beschäftigte sich der Innenausschuss des Bayerischen Landtags mal wieder intensiv mit polizeirelevanten Themen. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe von Anträgen von allen Fraktionen: Dabei wurden einige Berichtsanträge mit der Mehrheit der Ausschussmitglieder angenommen.

U.a. soll es einen Bericht darüber geben, welche Erkenntnisse und Auswirkungen aus den zurückliegenden terroristischen Anschlägen vorliegen und welche konzeptionellen Überlegungen für die Optimierung der Sicherheit der Innenstädte getroffen werden (Antrag der CSU und ähnlich lautend Antrag der Freien Wähler). Einen mündlichen Bericht wird es in Bälde über die Spitzensportförderung bei der Bayerischen Polizei geben

(CSU). Außerdem einen schriftlichen Bericht über die Ausmaße und Einzelheiten von Gewaltvorkommnissen in den bayerischen Fußball-Amateurligen (Grüne). Zudem wird es einen schriftlichen Bericht über einen Polizeieinsatz im Allgäu (Kaufbeuren/ Rieden) geben, bei dem Täter mit potentiell terroristischem Hintergrund verhaftet wurden und bei denen im Nachgang die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen hatte (Freie Wähler). Und zuletzt soll auf Initiative von CSU und Freien Wählern ein Bericht zur potentiellen Ausweitung von Tasereinsätzen erstellt werden.

Die SPD stellte den Antrag die Streifenwägen der Bayerischen Polizei unverzüglich mit mobilen Endgeräten zur sofortigen digitalen Aufnahme von Anzeigen etc. auszustatten. Dieser Schritt wurde laut CSU bereits seit den 90erJahren eingeleitet, wobei

> ein Mitarbeiter aus dem StMI den aktuellen Sachstand vortrug: Mittlerweile seien etwa 3.200 mobile Endgeräte im Einsatz, wobei 2018 wieder weitere 1.000-1.200 Stück für Einsatzfahrzeuge neu hinzukommen sollen. Langfristiges Ziel dieser Modernisierung sei es, im Streifenwagen 1:1 den gleichen Arbeitsplatz wie auf der Inspektion vorzufinden.

Abgelehnt wurden Anträge zur Anschaffung eines zweiten Hub-

Bayerischer Landtag

© Bildarchiv Bayerischer Landtag

schraubertypus für die SEK-Einsatzkräfte (SPD), zur konzeptionellen Aufstockung der Verkehrsdienstangestellten bei der Bayerischen Polizei insbesondere in Ballungsräumen (SPD), zur Aufnahme frauenfeindlich motivierter Straftaten in die PKS (Grüne) sowie zur Überarbeitung des personengebundenen Hinweises "Ansteckungsgefahr" in polizeilichen Datenbanken (Grüne). Alle Anträge finden sich im Originalwortlaut im Internet unter www.bayern.landtag.de. (MWi)



Verkehrsexperten greifen GdP-Forderung nach höheren Sanktionen für gefährliche Verkehrsverstöße auf

Der 56. Verkehrsgerichtstag in Goslar fordert höhere Sanktionen für gefährliches Verhalten im Straßenverkehr. "Das ist ein wichtiges Signal, dass der Gesetzgeber jetzt zügig aufgreifen muss", sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Arnold Plickert am Freitag in Düsseldorf. Die GdP hatte sich im Vorfeld des Verkehrsgerichtstags in einer gemeinsamen Initiative mit der Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland (VOD) dafür eingesetzt, dass sich ein eigener Arbeitskreis mit dem Thema Sanktionen im Straßenverkehr befasst hat.

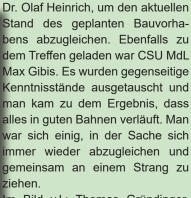
Das Ergebnis kann sich aus Sicht der GdP sehen lassen: Insbesondere Geschwindigkeits-, Abstands- und Überholverstöße sollen deutlich stärker sanktioniert werden. Die Empfehlung umfasst neben einer Erhöhung der Geldbußen ausdrücklich auch die schnellere Verhängung von Fahrverboten. Plickert betonte: "Es geht nicht darum, pauschal Bußgelder nach oben anzupas-

sen, sondern gerade dort, wo es besonders gefährlich ist, mit einer höheren Sanktion eine Verhaltensänderung herbeizuführen." Ausdrücklich zu begrüßen ist aus Sicht der GdP auch, dass der Verkehrsgerichtstag erneut gefordert hat, den Kontrolldruck zu erhöhen. "Auch hohe Sanktionsandrohungen wirken nicht, wenn Verstöße nicht tatsächlich geahndet werden. Dafür muss dann auch das Personal zur Verfügung gestellt werden, dass bei der Polizei nach wie vor fehlt", so der stellvertretende GdP Bundesvorsitzende. Ein weiteres wichtiges Ergebnis aus Sicht der GdP ist, dass sich der Verkehrsgerichtstag auch dafür ausgesprochen hat, dass es nach einer Unfallflucht mit Personenschaden grundsätzlich bei der Entziehung der Fahrerlaubnis bleibt. "Es ist richtig, dass der Verkehrsgerichtstag der Idee, diese Regelvermutung im Strafgesetzbuch zu streichen, eine Absage erteilt hat", fasst Plickert zusammen.

GdP Niederbayern informiert sich vor Ort über Fort- und Ausbildungseinrichtung in Freyung

Nachdem 2017 die endgültige politische Entscheidung gefallen ist, in Freyung eine Fortbildungseinrichtung für Spezialeinheiten sowie eine Ausbildungseinrichtung für Polizeianfänger zeitnah zu errichten, wurde damit eine langjährige Forderung der GdP

Bezirksgruppe Niederbayern erfüllt. Der Bezirksgruppenvorsitzende Andreas Holzhausen und seine beiden Stellvertreter Martin Lehner und Thomas Gründinger trafen sich deshalb in angenehmer Atmosphäre im Büro des Bürgermeisters von Freyung,



Im Bild v.l.: Thomas Gründinger, Andreas Holzhausen, Dr. Olaf Heinrich, MdL Max Gibis, Martin Lehner.



Malchow: Messerangriffe bundesweit erfassen

Angesichts offenbar zunehmender Messerangriffe hierzulande fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine gesellschaftliche Grundsatzdebatte über wirksame Gegenmaßnahmen. Politik und Justiz benötigten aussagekräftige Lagebilder, um Straftaten mit einem solchen, jederzeit verfügbaren und höchst gefährlichen Tatmittel auf denkbare Strafverschärfungen zu prüfen. "Die Verunsicherung der Bürger ist regelrecht spürbar, weil kaum noch ein Tag vergeht, an dem nicht Polizeimeldungen über gefährliche oder sogar tödliche Messerattacken bekannt werden", betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Dienstag in Berlin. "Nicht nur meine Kolleginnen und Kollegen registrieren immer wieder Angriffe mit Messern, die oftmals versteckt am Körper

getragen werden. Selbst bei augenscheinlich kleinsten Auseinandersetzungen zwischen Menschen im Alltag wird ein Messer häufig als Drohmittel eingesetzt", stellte Malchow fest. Es sei höchste Zeit, diesem Deliktphänomen auf den Grund zu gehen. Dazu gehöre natürlich auch, mit Messern begangene Straftaten bundesweit zu erfassen und Täterkategorien zu bilden.

Der GdP-Bundesvorsitzende plädierte zugleich für einen Schulterschluss von Polizei und Justiz. Täter sollten vor Gericht viel öfter die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Das sei aber nur möglich, wenn Staatsanwaltschaften und Richter Messerangriffe als schwerwiegende Straftat bewerten. "Wir setzen auf die abschreckende Wirkung spürbarer Strafen", sagte Malchow



JHV der KG Würzburg: Erstmals Ehrungen für 70 Jahre Mitgliedschaft

Die Kreisgruppe Würzburg der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte zur Jahreshauptversammlung in den Großen Saal des Würzburger Hofbräukellers eingeladen und neben zahlreichen Mitgliedern konnte Vorsitzender Christian Schulz auch Polizeivizepräsident Adolf Blöchl und Gerhard Knorr vom GdP-Landesvorstand begrüßen. Nach dem Jahresbericht und interessanten Fachvorträgen gab es dieses Jahr bei der Kreisgruppe Würzburg auch eine besondere Premiere.

Eine positive Bilanz präsentierte Vorsitzender Christian Schulz in einem Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr. Steigende Mitgliederzahlen und zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen zeugten vom großen gewerkschaftlichen Interesse der Würzburger Polizeibeamtinnen und -beamten. Ernstere Mienen gab es allerdings, als Schulz das Dauerthema "Gewalt gegen Polizei" ansprach. Die genauen Zahlen für das Jahr 2017 liegen zwar

eisgruppe Würzburg

V.I.: Stellv. KGV Marcel Bauer, PVP Adolf Blöchl, Stellv. KGV Roman Albrecht, Gisela Schnabel (30 Jahre Mitgliedschaft), Patric Boullanger (10 Jahre), Norbert Pillmeier (60 Jahre), Sebastian Büchs (55 Jahre), Jürgen Franz (60 Jahre), Er- Aus den Händen des Kreisgruppenvorsitzenden ich Schäder (40 Jahre) und KG-Vorsitzender Christian Schulz; vorne sitzend: Max Christian Schulz erhielten die Jubilare Urkun-Piela (55 Jahre) und rechts Georg Roth (70 Jahre)

noch nicht vor, jedoch lassen Hochrechnungen erkennen, dass die Angriffe gegen Beamtinnen und Beamte erneut weiter zugenommen haben. Unterfrankenweit gab es im Jahr 2016 insgesamt 642 Angriffe- aktuell geht man davon aus, dass sich diese Zahl auf etwa 690 erhöht. Noch drastischer ist die Entwicklung der Anzahl von verletzten Kolleginnen und Kollegen. "Wir rechnen mit einer Zunahme von 244 Verletzen im Jahr 2016 auf etwa 283 Verletzten im Jahr 2017 - das entspricht einer traurigen Zunahme von 16 Prozent", so der Würzburger GdP-Chef. Schulz machte deutlich, dass fast täglich in Unterfranken eine Kollegin oder ein Kollege im Dienst verletzt wird.

Weiteres Kernthema der GdP Würzburg ist der Sanierungs- und Planungsbedarf der Dienstgebäude im Stadtgebiet. Zwar geniest das generalsanierte Polizeigebäude in der Augustinerstraße bei den Kollegen und der Bevölkerung hohen Zuspruch, allerdings vergingen auch sehr viele Jahre, bis die Forderungen endlich in die Tat umgesetzt wurden. So haben die Gewerkschafter jetzt unter anderem das Dienstgebäude in der Weißenburgstraße im Fokus, dessen Neubau 1990 eingeweiht wurde und zusammen mit dem Altbau aus dem Jahr 1850 aktuell die Kriminalpolizei

und die Polizeiinspektion Würzburg-Land beheimatet. "Einige Gebäudeteile befinden sich im 24-Stunden-Betrieb und sind entsprechend abgenutzt", so Schulz. "Der geplante Umbau der Wache im Eingangsbereich, eine umfangreiche Sanierung der Sanitäranlagen, eine Kanalgrundsanierung, die Schaffung von adäquaten Sozialräumen sowie einige anderen Maßnahmen verlangen ein zeitnahes und schlüssiges Sanierungskonzept, damit die Arbeiten zügig begonnen werden können" forderte Vorsitzender Schulz.

Für den GdP-Landesvorstand war Gerhard Knorr aus Regensburg angereist. In seiner Rede begrüßte er die 500-Euro-Einmalzahlung im Jahr 2017 an die Beamten, hätte sich diese Zahlung aber auch für alle Tarifbeschäftigten der Bayerischen Polizei gewünscht. "Schließlich haben auch unsere Tarifler einen maßgeblichen Beitrag zum guten Gelingen der Arbeit beigetragen",

> so Knorr. Auch auf das Thema "Arbeitszeit im Schichtdienst" ging der Oberpfälzer ein: "Wenn man die Gesunderhaltung der Schichtdienstleistenden ernst nimmt, dann macht nur eine 35-Stunden-Woche Sinn".

> "Es geht einem innerlich das Herz auf, wenn man einen so guten Zusammenhalt sieht" lobte Polizeivizepräsident Adolf Blöchl das Engagement der Würzburger GdP. Blöchl hob aber auch die neuen Herausforderungen für die unterfränkische Polizei, wie z. B. Terrorgefahr und Asylthematik, hervor und bescheinigte den Beamtinnen und Beamten trotz der hohen Belastung eine hervorragende Leistung. Eine überdurchschnittliche Aufklärungsquote spricht auch für die gute Arbeit, welche täglich geleistet wird. "Über Langeweile habe ich schon lange keine Klagen mehr gehört", so der Vizepräsident.

Am Ende der Jahreshauptversammlung wurden zahlreiche GdP-Mitglieder für ihre Treue geehrt. den, Ehrennadeln und Präsente. Hier gab es

zum Schluss noch eine Premiere: Erstmals in der Geschichte der Kreisgruppe Würzburg wurden zwei verdiente Mitglieder für 70 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt. Rudolf Müller und Georg Roth waren seit 1947 Mitglied der ÖTV und traten dann 1955 in die neu gegründete GdP ein.

Vita Rudolf Müller:

Rudolf "Rudi" Müller (94) ging direkt nach dem 2. Weltkrieg zur Polizei und verrichtete seinen Dienst in Bad Brückenau, Ochsenfurt und Würzburg. Er ging im Jahre 1983 als stellvertretender Dienststellenleiter der PI Würzburg-Land in seinen wohlverdienten Ruhestand. Rudi Müller engagierte sich auch stark für die GdP. Unvergessen sind seine persönlichen Vorsprachen bei den Familien der Polizisten zum Zwecke der Mitgliederwerbung und auch die eine oder andere Rose an die Ehefrauen brachte oft den erhofften Erfolg. Rudi Müller war lange Zeit auch Sprecher der Seniorengruppe Würzburg. Außerdem sammelte Kollege Müller während seiner Dienstzeit viele polizeihistorische Akten und Unterlagen, welche er dem Polizei- und Militärmuseum Ingolstadt zur Verfügung stellte.

Rudi Müller setzte sich auch für die Nachforschung über die im



JHV der KG Würzburg: Erstmals Ehrungen für 70 Jahre Mitgliedschaft

Krieg vermisst gemeldeten Soldaten ein. Sehr häufig war er auf eigene Kosten in Osteuropa unterwegs und konnte dadurch sehr viele Vermisstenfälle deutscher Soldaten aufklären. Dafür erhielt er das Bundesverdienstkreuz.



V.I.: KG-Vorsitzenden Christian Schulz, Rudolf Müller und Seniorensprecher Albert Schulz

Vita Georg Roth:

Der ebenfalls 94-jährige Georg "Schorsch" Roth wurde 1947 bei der Polizei in Ochsenfurt eingestellt. Weitere Stationen in seiner Polizeilaufbahn waren Frammersbach, Neustadt/Saale, Unsleben und Würzburg. Nach einem kurzen Gastspiel bei der dama-

ligen Grenzpolizei in Freyung, Bayerischer Wald, verschlug es den Kollegen Roth wieder nach Würzburg zum Unfalltrupp. Als Beamter des Verkehrszuges der Polizeidirektion Würzburg ging er im Jahre 1983 in Pension.

Noch heute nimmt der rüstige Rentner an zahlreichen Treffen der GdP teil und erweist sich immer noch als leidenschaftlicher Schafkopfspieler, welchem man nachsagt, dass er auch im Schlaf die Karten mischt.



V.I.: Stellv. KG-Vorsitzender Roman Albrecht, Georg Roth und KG-Vorsitzenden Christian Schulz

Betreuung durch die BG Niederbayern



Eine Großkontrolle auf der A3, welche durch die VPI Deggendorf und vielen weiteren Fahndungsspezialisten, Zoll sowie OED verstärkt wurde war für die beiden örtlichen GdP'ler Andreas Holzhausen und Martin Lehner Anlass, der Kontrollstelle einen Besuch abzustatten. Das Wetter hatte es diesmal mit den eingesetzten Kräften besser gemeint. Die mitgebrachten GdP "Give-Aways" kamen sehr gut an und wurden in großen Stückzahlen verteilt. Mit der Einsatzleitung und verantwortlichen Kollegen aus dem PP Niederbayern wurden fachübergreifende Gespräche geführt.

Benefizkonzert



zum Gedenken der Polizistenmorde vom 4. März 1988 in Dorfen. Der Erlös kommt der Bayerischen Polizeistiftung zugute.



Freitag, 02. März 2018 19.00 Uhr, Stadtsaal Mühldorf

Leitung: Prof. Johann Mösenbichler Schirmherr: Staatsminister Joachim Herrmann (MdL)

Veranstalter: Josef Gebler (Schönberg)

Karten im Vorverkauf:

Kartenpreis: € 15,- (erm. € 12,-) beim Kulturbüro Mühldorf, Stadtplatz 3, Tel. 08631/612-612 Inn-Salzach-Ticket / München-Ticket Nummerierte Sitzplätze (Reihenbestuhlung)























24. INTERNATIONALE OFFENE POLIZEISKI-MEISTERSCHAFTEN OFTERSCHWANG IM ALLGÄU

EINLADUNG

